

#SOZIALPOLITIK #RENTE 30. Mai 2016

# Rente mit 73: "Arbeitgeberinstitut fern jeder Realität"

Mit scharfer Kritik hat die EVG auf den Vorschlag des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) reagiert, wonach der Renteneintritt zukünftig bei 73 Lebensjahren liegen sollte. Damit könnten angeblich Rentenniveau und Rentenbeiträge stabil gehalten werden. Die für die Sozialpolitik zuständige stellvertretende EVG Vorsitzende Regina Rusch-Ziemba bezeichnete den Vorschlag als „weltfremd“ und „Stimmungsmache gegen die Gesetzliche Rentenversicherung“. „Das Institut hat offenbar jede Bodenhaftung und damit den Realitätssinn verloren. Ich empfehle einfach mal den Schreibtisch im wohlklimatisierten Büro zu verlassen und sich stattdessen vor Ort mit der Realität vertraut zu machen“, so Rusch-Ziemba.



Mit scharfer Kritik hat die EVG auf den Vorschlag des arbeitgebernahen Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) reagiert, wonach der Renteneintritt zukünftig bei 73 Lebensjahren liegen sollte. Damit könnten angeblich Rentenniveau und Rentenbeiträge stabil gehalten werden.

Die für die Sozialpolitik zuständige stellvertretende EVG Vorsitzende Regina Rusch-Ziemba bezeichnete den Vorschlag als „weltfremd“ und „Stimmungsmache gegen die Gesetzliche Rentenversicherung“. „Das Institut hat offenbar jede Bodenhaftung und damit den Realitätssinn verloren. Ich empfehle einfach mal den Schreibtisch im wohlklimatisierten Büro zu verlassen und sich stattdessen vor Ort mit der Realität vertraut zu machen“, so Rusch-Ziemba.

Die EVG-Vizechefin verwies auf das derzeitige durchschnittliche Eintrittsalter in die Rente. Dieses liegt bei 62,1 Jahren bei Männern, Frauen arbeiten noch ein halbes Jahr länger. Vor Einführung der Rente mit 63 waren die Zahlen ähnlich.

Rusch-Ziemba betonte: „Das ist die Lebenswirklichkeit! Lebenswirklich ist auch, dass die Mehrzahl der Beschäftigten den früheren Renteneintritt - für den sie jeden Monat eine nicht unerhebliche Rentenkürzung durch Abschläge hinnehmen - nicht wählen weil sie faul sind oder ihre Rente ohne Kürzung so üppig wäre, als dass sie nicht wüssten was sie mit dem ‚vielen‘ Geld anfangen sollten, sondern weil sie gesundheitlich einfach nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten.“

Eigentliches Ziel des Vorschlags sei vielmehr die Beiträge zur Rentenversicherung - an denen die Arbeitgeber zur Hälfte beteiligt sind - auf heutigem Niveau einzufrieren, so Rusch-Ziemba. „Dies wird im Kleingedruckten auch so formuliert.“

Die gesetzliche Regelung sieht derzeit eine maximale Beitragssteigerung bis zum Jahr 2030 von heute 18,7 auf dann 22 Prozent vor. „Hier geht es ganz schlicht um den Gewinn von Unternehmern und Aktionären - nicht mehr aber eben auch nicht weniger“, so die EVG-Vizechefin.

„Sollte es den Arbeitgebern stattdessen um ein zukunftsfähiges Modell der gesetzlichen Rente gehen, dann sollten wir über die Konzepte des DGB und seiner Einzelgewerkschaften diskutieren“, so Regina Rusch-Ziemba. „Unsere Konzepte zu einer Erwerbstätigenversicherung und unser DGB Rentenmodell liegen seit langem auf dem Tisch und sind wissenschaftlich fundiert. Lassen Sie uns darüber verhandeln und die Konzepte dann gemeinsam gegenüber der Politik durchsetzen.“

Die stellvertretende EVG Vorsitzende forderte das Arbeitgeberinstitut auf, sich zukünftig eher darauf zu konzentrieren ihren Arbeitgebern wissenschaftlich fundierte Vorschläge zu machen, wie die Gesundheit der Beschäftigten in den Unternehmen erhalten bleiben und Wissenstransfer und ein humanes Arbeiten bis zum Eintritt in die Rente ermöglicht werden kann.

**Download: „Rentenpaket Zukunft“ - Das DGB-Rentenmodell 2014**  
**(dgb\_rentenmodell.pdf)**

#### **Downloads**



**dgb\_leitantrag.pdf**

(PDF, 309.35 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user\_upload/newsimport/sozialpolitik/aktuelles/16\_0!

---



**dgb\_rentenmodell.pdf**

(PDF, 93.03 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user\_upload/newsimport/sozialpolitik/aktuelles/16\_0!

---



**infodownload.pdf**

(PDF, 76.84 KB, Wird in neuem Fenster/Tab geöffnet.)

(/fileadmin/user\_upload/newsimport/sozialpolitik/aktuelles/16\_0!